



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

31.01.2025	die tageszeitung: Nuklearer Abfall bleibt vorerst in Bayern	3
30.01.2025	swp.de: Atommüll Rosenfeld: Atommüll in Rosenfeld möglich	4
30.01.2025	Open PR: BASE auf der Bildungsmesse didacta: Neue Unterrichtsmaterialien für die Fächer Politik sowie Ethik/Philosophie	6

**Autor/-in:** Aus Göttingen Reimar Paul  
**Seite:** 9 bis 9  
**Rubrik:** wirtschaft + umwelt

**Jahrgang:** 2025  
**Nummer:** 20250131  
**Auflage:** 26.759 (gedruckt) <sup>1</sup> 44.342 (verkauft) <sup>1</sup>  
45.652 (verbreitet) <sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,295 (in Mio.) <sup>2</sup>

**Mediengattung:** Tageszeitung

<sup>1</sup> IVW 3/2024

<sup>2</sup> AGMA ma 2024 Tageszeitungen

# Nuklearer Abfall bleibt vorerst in Bayern

In das niedersächsische Zwischenlager Gorleben kommt kein weiterer Atommüll, verspricht der Betreiber

Atomkraftgegner freuen sich über einen Erfolg. „Dass keine weiteren Castoren nach Gorleben kommen, ist eine gute Nachricht“, sagt Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg am Donnerstag der taz. Am Vortag hat die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) versichert, dass keine weiteren Castorbehälter mit hochradioaktivem Atommüll ins Zwischenlager Gorleben gebracht werden sollen und damit entsprechenden Forderungen aus Bayern eine Absage erteilt.

Das bundeseigene Unternehmen werde im kommenden Jahr eine Genehmigung für die Zwischenlagerung am Standort Gorleben über den bisher genehmigten Zeitraum hinaus beantragen, hatte BGZ-Bereichsleiter Matthias Heck erklärt. „Zudem werden wir den Antrag auf die bereits vorhandenen 113 Behälter und deren Inventar beschränken, da eine weitere Einlagerung hochradioaktiver Abfälle nicht vorgesehen ist.“

Zuletzt hatten mehrere Landräte aus Bayern verlangt, weitere Castorbehälter in das über insgesamt 400 Stellplätze

verfügende Zwischenlager in Gorleben zu bringen und dafür Lager an den AKW-Standorten aufzulösen. Die Kommunalpolitiker der CSU und der Freien Wähler begründeten ihren Vorstoß im Kern damit, dass ein Zwischenlager besser zu schützen sei als mehrere. „Dagegen haben wir gekämpft, wir hatten weiterer mögliche Castortransporte vor Augen“, so Ehmke. Er verwies darauf, dass auch das Zwischenlager in Brunsbüttel seit 2015 ohne Genehmigung betrieben werde und aktuell 152 Transporte aus Jülich ins Zwischenlager Ahaus angekündigt seien. Der Grundsatz, dass es nur noch einmal zu Transporten kommen solle, nämlich zum Endlagerstandort, wackelt.

In Deutschland lagert der hochradioaktive Atommüll in 16 Zwischenlagern. Diese Standorte wurden für 40 Jahre genehmigt. Die Erlaubnis für das Zwischenlager Gorleben läuft bereits im Jahr 2034 aus. Eine verlängerte Zwischenlagerung ist notwendig, da frühestens Mitte des Jahrhunderts ein Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle benannt werden soll. Dann wird es noch

mehrere Dekaden dauern, bis alle Behälter an dieses Endlager abgegeben sind. Der über Jahrzehnte als einziger Standort auf seine Eignung als Endlager untersuchte Salzstock Gorleben war 2020 aus dem neu aufgerollten Suchverfahren ausgeschieden. Das Bergwerk wird seit Ende 2024 zugeschüttet.

„Unabhängig vom Antrag der BGZ, die noch offenließ, für welchen Zeitraum die verlängerte Zwischenlagerung beantragt werde, muss aus unserer Sicht auf die nächsten 80 bis 100 Jahre geschaut werden“, sagt Ehmke. Dabei spiele die Alterung der Behälter und der Gebäude ebenso eine Rolle wie auch künftige Bedrohungen von außen.

Am Montag hatte die Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“ ein Gutachten zur Sicherheit der Zwischenlager veröffentlicht. Die Physikerin Oda Becker kommt darin zu dem Schluss, dass die Lager nicht oder nur unzureichend gegen Flugzeugabstürze, Terroranschläge mit panzerbrechenden Waffen und Drohnenangriffe geschützt sind.

**Wörter:** 409

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



swp.de

## Atommüll Rosenfeld: Atommüll in Rosenfeld möglich

30. Januar 2025 00:00 | Medienart: Online | Visits/Monat: 14.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Rosenfeld kommt als **Endlagerstandort** für hochradioaktive Abfälle infrage. Eine erste Auswahl soll bis 2027 erfolgen. Rosenfeld

Ein Artikel von Sina Schuldt/dpa

Die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) und das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (BASE) sind von der Bundesregierung beauftragt, einen **Endlagerstandort** für hochradioaktive Abfälle zu suchen. In der Region Neckar-Alb liegen im östlichen Landkreis Reutlingen und auf der Gemarkung der Stadt Rosenfeld Bereiche, die in Phase I in diesem Verfahren betrachtet werden, wie die Sitzungsvorlage des Regionalverbands Neckar-Alb verrät.

Deutscher Bundestag entscheidet final

Nach einem im Standortauswahlgesetz (StandAG) festgelegten Verfahren werden alle Gebiete in Deutschland untersucht, bewertet und verglichen. Ziel des Verfahrens ist, dass zum Schluss der Standort mit der bestmöglichen Sicherheit übrig identifiziert ist. Die finale Entscheidung über einen **Endlagerstandort** trifft der Deutsche Bundestag.

Das Standortauswahlgesetz nennt das Jahr 2031 als angestrebtes Ziel für die Standortentscheidung. Die **BGE** kommt im Oktober 2022 zu dem Ergebnis, dass der **Endlagerstandort** je nach Szenario zwischen den Jahren 2046 und 2068 festgelegt werden kann.

Entscheidung zwischen 2046 und 2068

Das Standortauswahlverfahren verläuft in drei Phasen. In der laufenden Phase I werden Teilgebiete bestimmt und Vorschläge für Standortregionen gemacht. Phase II enthält die übermäßige Erkundung und Phase III die untertägige Erkundung geeigneter Standortregionen, bis schlussendlich ein Standortvorschlag und eine Standortentscheidung vorliegt.

Aktueller Stand In der Phase I wird von der **BGE** erarbeitet, welche Gebiete die Mindestanforderungen und geowissenschaftlichen Abwägungskriterien erfüllen und welche Gebiete aufgrund ihrer geologischen Nichteignung möglicherweise ausscheiden. Die vorläufige Gebietskulisse umfasst insgesamt 90 Teilgebiete und nimmt rund 54 Prozent (240.874 km<sup>2</sup>) der Fläche der Bundesrepublik Deutschland ein, diese Gebiete

werden im laufenden Prozess in vier Kategorien (Kategorie D „ungeeignet“, Kategorie C „geringe Eignung“, Kategorie B „sicherer Einschluss erwartbar“, Kategorie A „beste Eignung“) eingeordnet.

Vier Kategorisierungen geplant

Zu den Arbeitsständen soll jährlich seitens des BGE berichtet werden, zuletzt wurden im November 2024 die Arbeitsstände veröffentlicht. Demnach ist die Gebietskulisse auf zirka 44 Prozent der Gebietsfläche der Bundesrepublik Deutschland eingegrenzt worden. In der Region Neckar-Alb ist bei den aktuellen Arbeitsständen das Teilgebiet 01: Opalinuston-Formation in die Kategorie C (geringe Eignung) eingestuft worden und fällt aus der weiteren Betrachtung heraus. Für das Teilgebiet 013: Kristallines Wirtsgestein im Grundgebirge stehen noch weitere Prüfungen aus. Am Ende der Phase I übermittelt die BGE den Vorschlag für Standortregionen an das BASE. Die Entscheidung, welche Standortregionen übertägig erkundet werden, trifft der Bundesgesetzgeber nach Prüfung durch das BASE und einer umfassenden Beteiligung der Öffentlichkeit.

Die BGE plant, jährlich zum 4. Quartal neue Arbeitsstände zu veröffentlichen. Der nächste große Meilenstein auf diesem Weg ist der Standortregionen-Vorschlag der BGE zum Ende des Jahres 2027. Darin wird die BGE etwa fünf bis zehn Regionen in Deutschland vorschlagen, die im Vergleich zu allen anderen Regionen in Deutschland in dem wissenschaftsbasierten Verfahren am besten abgeschnitten haben und die besten Bedingungen für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle bieten.

Auswahl von fünf bis zehn Standortregionen bis 2027

Über die mögliche Auswahl dieser 5-10 Standortregionen soll dann der Deutsche Bundestag entscheiden. Sobald die Standortregionen von der BGE benannt worden sind, wird das BASE die Einrichtung von sogenannten Regionalkonferenzen anstoßen. Die Regionalkonferenzen haben umfangreiche Informations- und Kontrollrechte im weiteren Standortauswahlverfahren.

Auf der Homepage der BGE ist ein sogenannter „Endlagernavigator“ eingerichtet. Dort sind die Arbeitsstände abrufbar: <https://navigator.bge.de/> Die Verbandsverwaltung wird anlassbezogen zu den Ständen des Verfahrens in der Region Neckar-Alb berichten.

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

**PR** Open PR

## BASE auf der Bildungsmesse didacta: Neue Unterrichtsmaterialien für die Fächer Politik sowie Ethik/Philosophie

30. Januar 2025 12:32 | Medienart: Online | Visits/Monat: 88.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Ein Planspiel und neue Unterrichtsmaterialien rund um die Suche nach einem **Endlager** für hochradioaktive Abfälle: Vom Dienstag, 11. bis Samstag, 15. Februar 2025 ist das **Bundesamt** für die Sicherheit der nuklearen **Entsorgung** (BASE) für Lehrer:innen und andere Multiplikator:innen in der Bildungsarbeit auf der Bildungsmesse didacta in Stuttgart ansprechbar. **BASE**-Präsident Christian Kühn wird am Freitagvormittag, 14. Februar den **BASE**-Stand begleiten.

Die **Endlagersuche** betrifft vor allem die Menschen, die heute jung sind. Die Suche nach einem Standort sowie Bau und Betrieb des **Endlagers** bis zu seinem Verschluss sind eine generationenübergreifende Aufgabe. „Die junge Generation wächst in einem Land ohne Atomkraft auf. Aber es wird ihre Aufgabe sein, sich mit dem Erbe dieser Energieerzeugungsform auseinanderzusetzen. Mit den **BASE**-Bildungsangeboten wird das komplexe Thema **Endlagersuche** für junge Menschen anschaulich“, sagt **BASE**-Präsident Christian Kühn. Ethische Verantwortung und Generationengerechtigkeit als Unterrichtsthema Neu dabei sind in diesem Jahr zwei Unterrichtsmaterialien für die Fächer Politik sowie Ethik/Philosophie ab der Jahrgangsstufe 9, bei denen Schüler:innen in der App **endlagersuche:360°** Eckdaten zur **Endlagersuche** recherchieren: In dem Material „Mitreden! Beteiligung bei der Suche nach einem **Endlager** für hochradioaktiven Abfall“ beschäftigen sich Schüler:innen mit unterschiedlichen Formen der Bürgerbeteiligung. Sie sollen sich vorstellen, in einer Gemeinde zu leben, die für ein **Endlager** infrage kommt, und überlegen, welche Forderungen sie an eine gute Bürgerbeteiligung stellen. In der Unterrichtseinheit „Verantwortung für die Zukunft. Die **Endlagersuche** als Generationenfrage“ setzen sich Schüler:innen mit der Frage auseinander, was Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen bedeutet. Anhand des Beispiels der **Endlagersuche** reflektieren sie die ethischen Dimensionen von Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Im Planspiel simulieren Schüler:innen einen Bürgerdialog Zudem hat das **BASE** weiterhin das Planspiel „Bürgerdialog Mitthausen“ im Angebot, bei dem Schüler:innen in verschiedenen Rollen diskutieren, welche Anliegen sie an die Beteiligung zur **Endlagersuche** haben. Sie können üben, verschiedene Perspektiven einzunehmen, zu argumentieren und sich zu einem polarisierenden Thema zu verständigen. Das **BASE** stellt die Materialien kostenfrei auf der didacta in Halle 7, Stand 7D50 zur Verfügung. Am Nachbarstand ist auch die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE)

vertreten. Die BGE hat ein weiteres Planspiel – mit dem Schwerpunkt auf dem Vergleich zweier potenzieller Endlagerstandorte - sowie Unterrichtsmaterialien u.a. für Physik und Geografie konzipiert. Weitere Informationen:

[http://](http://www.endlagersuche-infoplattform.de/schulen)Gesprächsanfragen für den Besuch des BASE-Präsidenten Christian Kühn gern über die BASE-Pressestelle: [presse@base.bund.de](mailto:presse@base.bund.de) [http://](http://www.endlagersuche-infoplattform.de/schulen)Alle Materialien zum Download bzw. zum Bestellen sowie weitere Informationen zu den BASE-Bildungsangeboten zur Endlagersuche unter: [www.endlagersuche-infoplattform.de/schulen](http://www.endlagersuche-infoplattform.de/schulen) oder [dialog@base.bund.de](mailto:dialog@base.bund.de)

---